

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 51 (2024)
Heft: 1: Hinter den Weihrauch-Schwaden zeigen sich die dunklen Abgründe der katholischen Kirche

Artikel: Energieminister Rösti zieht den Atomfreunden den Stecker
Autor: Forster, Christof
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1077482>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Energieminister Röstli zieht den Atomfreunden den Stecker

Nach der Nuklear-Katastrophe von Fukushima war die Atomkraft in der Schweiz lange tabu. Dann gab die Furcht vor einer Stromknappheit jenen Aufwind, die neue Atomkraftwerke befürworteten. Doch jetzt kommt erneut Widerstand – von unerwarteter Seite.

CHRISTOF FORSTER

Die Anhängerinnen und Anhänger der Atomenergie freuten sich, als Anfang 2023 Albert Röstli (SVP) von Simonetta Sommaruga (SP) das Energiedepartement übernahm. Röstli war einer der Ihren: gegen die Energiewende und für neue Atomkraftwerke. Auf neue AKWs ist die Schweiz – nach ihrer Lesart – dringender denn je angewiesen. Doch ihre Hoffnungen sollten sich nicht erfüllen.

Bauverbot für neue AKWs

Schon lange hatte die AKW-Lobby davor gewarnt, dass die Stromversorgung der Schweiz ohne Atomkraftwerke nicht funktionieren könne. Nur hatte ihnen niemand zugehört. Nach der Nuklear-Katastrophe von Fuku-

shima (2011) war die bereits zuvor umstrittene Atomenergie definitiv auf dem Abstellgleis. 2017 hiess das Stimmvolk die «Energiesstrategie 2050» gut. Damit sagte es Ja zum schrittweisen Ausbau der erneuerbaren Energien und zu einem Bauverbot von neuen AKWs. Indirekt hat der Entscheid dazu beigetragen, dass im Kanton Bern das AKW Mühleberg ausser Betrieb genommen wurde und derzeit zurückgebaut wird. Die Schweiz wird dabei in einer neuen Disziplin viel Erfahrung sammeln: der Stilllegung von Atommeilern.

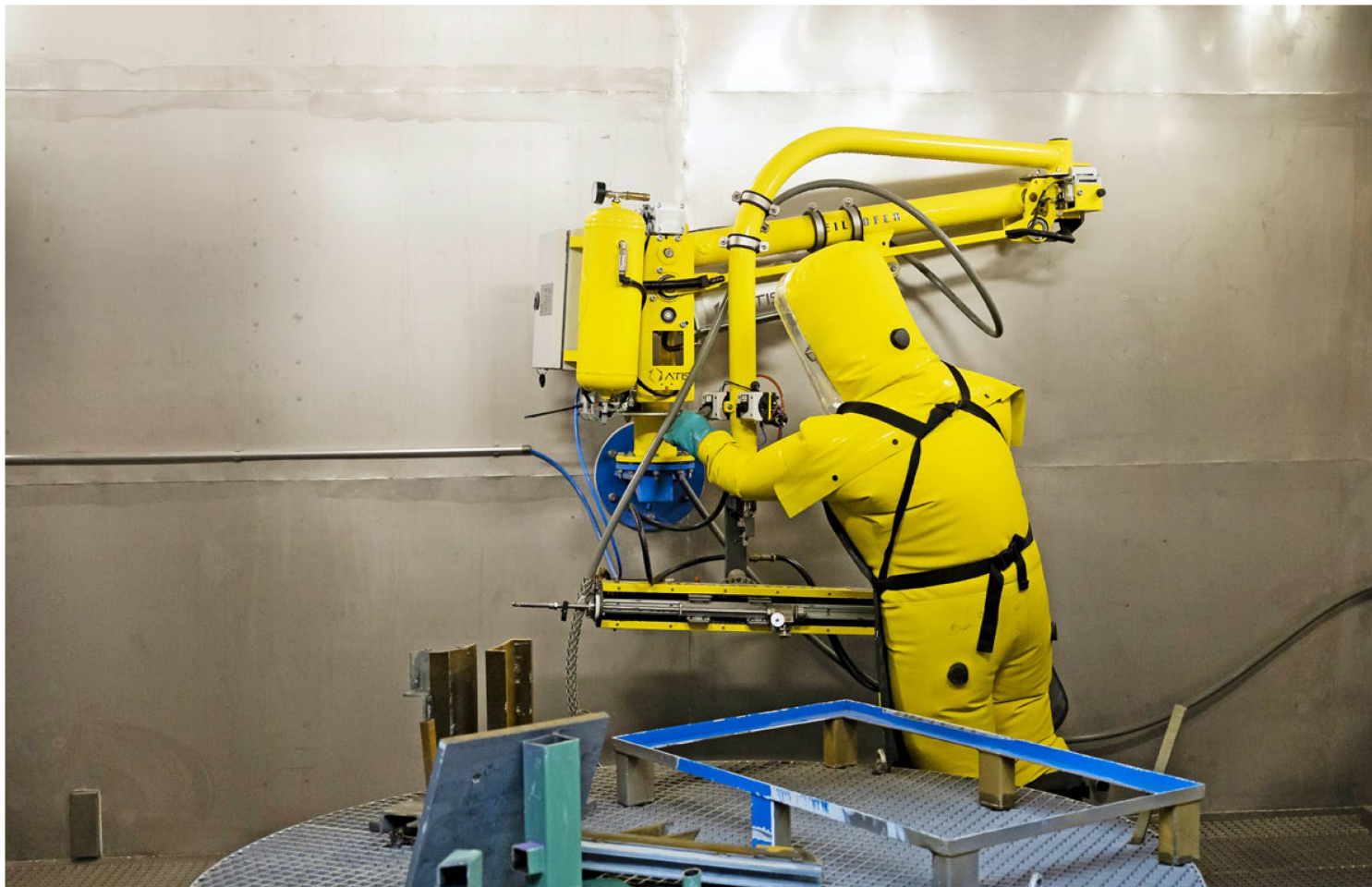
Schleppender Ausbau der Alternativen

Derweil kam der geplante Ausbau von Fotovoltaik- und Windanlagen nie

richtig vom Fleck. Weil es genug Strom gab, fehlte der Druck auf das Parlament, die Erneuerbaren stärker zu fördern. Bald kam ein erster Warnschuss. Im Herbst 2021, gut vier Jahre nach der Abstimmung zum Atomausstieg, warnte der Bund in einer Studie vor möglichen «Strommangellagen». Die Studie beschrieb zwar ein absolutes Worst-Case-Szenario. Doch die Nachricht schreckte Politik und Bevölkerung auf.

Die rechtskonservative Schweizerische Volkspartei (SVP), bereits damals Gegnerin der Energiewende, kritisierte die «Notkocherpolitik» des Bundesrats und forderte nun lauthals den Bau neuer AKWs angesichts der drohenden Stromknappheit. Auch die AKW-Lobby hat sich neu aufgestellt. Als junges Gesicht unter grauen

Nicht beim Bau, sondern beim Abbruch von AKWs sammelt die Schweiz derzeit Erfahrung: Arbeiter bei der Demontage des stillgelegten AKW Mühleberg.
Foto Keystone



Atomfreunden präsentierte sich Vanessa Meury. Die 26-Jährige ist Präsidentin des Energie-Clubs Schweiz, der sich für eine «langfristig zuverlässige und umweltgerechte Energie-Politik» einsetzt. Im Herbst 2021 sagte Meury in den Tamedia-Zeitungen: «Ich glaube, die Stimmung ändert sich



gerade zu unseren Gunsten.» Auf ihr Plädoyer für mehr Atomkraft erhält sie viel Zuspruch. Der Energie-Club will das Neubauverbot aus dem Gesetz streichen und lanciert dazu eine Volksinitiative mit dem Titel «Stopp dem Blackout».

Russischer Angriff löste Energiekrise aus

Die Energiekrise in Europa, ausgelöst durch den russischen Überfall auf die Ukraine, gab den Atomfreunden zusätzlich Auftrieb. Dass der Strom im Winter in der Schweiz knapp werden könnte, wurde nun zu einem realistischen Szenario. Bund und Kantone entwickelten Krisenpläne. Minutiös wurde geregelt, wer wann noch wie viel Strom verbrauchen darf. Energieministerin Sommaruga rief zu sparsamem Kochen und zum gemeinsamen Duschen auf. Viele rieben sich verwundert die Augen und fragten sich, wie es so weit kommen konnte in einem Land, in dem es seit Jahrzehnten Strom im Überfluss gab.

Die Schweiz hat den Winter 2022/23 schliesslich glimpflich überstanden – auch dank milden Temperaturen und

Albert Rösti vor dem Seitenwechsel: Als Parteipräsident der SVP war er an vorderster Front gegen die bundesrätliche Energiepolitik im Einsatz – hier bei der Einreichung des Referendums gegen das Energiegesetz.

Archivbild 2017, Keystone

dem schnellen Ersatz des russischen Gases durch andere Quellen. Das Parlament erkannte den Ernst der Lage und forcierte den Ausbau von erneuerbaren Energien. Und die Anhängerinnen und Anhänger der Atomenergie wurden definitiv wieder salonfähig. Das hängt auch damit zusammen, dass die Debatten über die künftige Stromversorgung näher an der Realität geführt werden. Die Elektrifizierung von Verkehr und Heizen wird den Strombedarf massiv erhöhen. Zudem gilt es, die bestehenden AKWs zu ersetzen, die einen Drittel zur jährlichen Stromproduktion beitragen.

Rösti überrascht die AKW-Lobby

Die Bühne schien gemacht für den grossen Auftritt des AKW-Befürworters Albert Rösti. Doch der neue Energieminister zog überraschend den Stecker. «Diese Diskussion ist heute müssig – wenn nicht sogar kontraproduktiv», sagte er im September 2023 in einem Interview mit der «Neuen Zürcher Zeitung» (NZZ). Er habe im Moment wirklich gar kein Interesse, eine Debatte über die Kernkraft loszutreten. Es gelte nun, die vom Stimmvolk beschlossene Energiestrategie so gut wie möglich umzusetzen.

Rösti legt also sein ganzes Augenmerk auf den Ausbau der Stromproduktion in den nächsten fünf bis zehn Jahren. In dieser Zeit sei zusätzlicher Strom dringend gebraucht. Eine Grundsatzdiskussion über neue AKWs würden laut Rösti diese Bemühungen in gefährlicher Weise torpedieren. Zumal neue Kernkraftwerke die kurzfristigen Probleme nicht lösen. Experten gehen davon aus, dass Bewilligung und Bau eines neuen Atommeilers rund 20 Jahre dauern würden.

Der Traum vom Thorium-Meiler

Während der SVP-Bundesrat den Stecker zieht, wollen ihn andere am liebsten gleich wieder einstecken. Die Genfer Firma Transmutex entwickelt ein Atomkraftwerk, das ohne Uran

läuft und sogar den Müll der alten Reaktoren vernichten soll. Am Projekt beteiligt ist Maurice Bourquin, früher Rektor der Universität Genf und ehemaliger Präsident des Cern-Rats. Jüngst forderte Bourquin vom Bundesrat die Realisierung eines solchen Thorium-Reaktors zu prüfen – trotz AKW-Neubauverbot.

Anstelle von Uran wird in einem solchen Meiler Thorium als Brennstoff verwendet. Im Unterschied zu herkömmlichem radioaktivem Abfall würden die anfallenden Reststoffe Schätzungen zufolge nicht Hunderttausende, sondern «nur» noch einige Hundert Jahre strahlen. Zudem könnte die Menge mit der geplanten Brennstoff-Kreislaufwirtschaft drastisch reduziert werden. Allerdings würden dabei hochenergetische Gammastrahlung und Hitze entstehen. Der Abfall müsste für eine sichere Endlagerung gekühlt werden, was mit Unwägbarkeiten verbunden ist.

AKW-Gelände als Riesebatterie?

Daneben kursieren auch Ideen, wie das Gelände von stillgelegten Reaktoren für andere Zwecke genutzt werden könnte. So schlagen die Grünliberalen vor, dort Stromspeicher zu bauen – als Absicherung gegen Strommangellagen. Die Stromkonzerne zeigen sich grundsätzlich offen, geben aber zu bedenken, dass die Areale von ehemaligen AKWs erst 15 Jahre nach der Stilllegung für andere Zwecke genutzt werden können.

Den im Betrieb stehenden AKWs will Rösti übrigens nicht den Stecker ziehen – im Gegenteil. Es dürfe keinen zweiten «Fall Mühleberg» geben, sagte er im NZZ-Interview. Notfalls solle sogar der Staat einspringen, damit die Werke länger betrieben werden könnten. Die Betreiber gehen inzwischen von Laufzeiten von 60 Jahren oder mehr aus für ihre Atommeiler.

Mehr zum Thema Atomenergie – und Atom-
müllentsorgung: revue.link/deponie